

Klimapolitische Fragen zur OB-Wahl 2022 in Rostock

Antworten von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE

Frage: Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes im Bereich der Stadtverwaltung und der kommunalen Gebäude wollen Sie umsetzen?

Antwort E.-M. Kröger: *Stadtverwaltung und Gebäude: Kommunale Gebäude (alt+neu) sollten mit Photovoltaikanlagen oder Solarthermie ausgestattet werden; Umsetzung des Wärmeplans, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen; den bereits existierenden Maßnahmenkatalog zur Erreichung der Klimaneutralität umsetzen; dazu gehört klimaneutrales Bauen auch bei großen Neubauvorhaben. Der geplante Rathausanbau soll besonders nachhaltig und modern sein, die Planungen wurden bereits von der Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen ausgezeichnet.*

Frage: Zur sog. Hafenerweiterung wird demnächst das Raumplanungsverfahren beginnen. Die/der OB`in ist Mitglied der Verbandsversammlung des Planungsverbandes. Wie werden Sie als künftige/r OB` ihre Rolle im Raumordnungsverfahren und darüber hinaus Ihr politisches Gewicht als OB`in nutzen, um sicherzustellen, dass es eine Änderung der Hafenausbaupläne zum Erhalt des einzigartigen Küstenüberflutungsmooses sowie von Warnow-Steilufer und Oldendorfer Tannen kommt?

Antwort E.-M. Kröger: *Die zukünftige Hafenerweiterung ist wichtig, um gute Arbeitsplätze zu schaffen und Rostock zu einem Drehpunkt für ein Wasserstoffzentrum Deutschlands zu machen. Ich möchte die Pläne des Energiehafens Rostock unterstützen. Wir können einen echten Beitrag leisten zur Energiewende in Deutschland und die Transformation, weg von fossilen Energieträgern, unterstützen. Wenn es uns gelingt, dabei die äußerst sensiblen Naturbereiche zu bewahren, wäre der Erfolg umso größer. Dafür möchte ich mich einsetzen. Dieser Prozess wird nur gelingen, wenn wir auf Augenhöhe, mit großer Transparenz und Beteiligung agieren.*

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Rad- und Fußverkehr fördern, ohne dafür Flächen neu zu versiegeln?

Antwort E.-M. Kröger: *Die Stadt soll zu einer Fahrradstadt transformiert werden, zahlreiche geplante Maßnahmen liegen uns bereits vor. Das Radverkehrskonzept soll verbindlich sein und ein dazugehöriger Leitfaden wird Standards bestimmen. Ich war zum Beispiel schon immer ein Fan von geteilten Räumen, auch auf der Straße. Dabei spielt Sicherheit eine große Rolle. Nicht überall lassen sich neue Geh- oder Radwege bauen, ohne zu versiegeln oder Bäume zu fällen. Gut gekennzeichnete Radwege erhöhen die Sicherheit, ebenso ein langsames Tempo des motorisierten Verkehrs, Vorrangregeln, mehr Park & Ride-Optionen*

inkl. Radabstellmöglichkeiten (Fahrradparkhäuser) und Anschluss, ein Leihradsystem, dazu ein bezahlbarer attraktiver Nahverkehr.

Frage: Die Hansestadt Rostock gehört zum Kreis von bundesweit 50 Modellkommunen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker in der lokalen Bildungslandschaft zu verankern. Inwieweit spielt BNE für Sie eine Rolle und wird das Thema auch strukturell und ressortübergreifend Einzug in die kommunale Verwaltung halten? Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, Klima- und Umweltthemen in den schulischen und außerschulischen Lernorten zu stärken? Setzen Sie sich für eine Koordinationsstelle Umweltbildung in der Stadtverwaltung und einen kommunalen Zuschuss für schulische und außerschulische Umweltbildung ein?

Antwort E.-M. Kröger: *Wir haben die bisherigen Ideen, Umweltbildung zu stärken, weitestgehend unterstützt. Ansonsten wäre für mich als Chefin der Verwaltung klar, dass ich mit Expert*innen der BNE jederzeit zusammenarbeite und die zuständige Senatorin in ihrer fachlichen Arbeit unterstütze. Die Bürgerschaft unterstützt zusätzlich die Bemühungen zur Errichtung eines Klima-, Umwelt- und Erlebnis zentrums (Science-Center).*

Frage: Soll Ihrer Meinung nach in der Rostocker Schulverpflegung ein höherer Anteil an klima- und umweltfreundlich produzierten Bio-Zutaten als 20 % festgelegt werden?

Antwort E.-M. Kröger: *Wir versuchen, die Essensversorgung zu rekommunalisieren, um allen Kindern ein bezahlbares, gesundes Essen zu ermöglichen. Die Erhöhung des Anteils von Bio-Zutaten ist dabei ein klares Ziel.*

Frage: Mit ihren ausgedehnten Mooren und Wäldern hat die Hansestadt Rostock eine herausragende Verantwortung für den Biodiversitäts- und Klimaschutz, also für die größte Herausforderung der heutigen Zeit. Die sich daraus ergebenden Aufgaben sind zu großen Teilen an das Stadtförstamt delegiert. Diese Behörde tritt einerseits als Wald- und Flächenbewirtschafter, als Vertreter des Flächeneigentümers und auch als Projektträger z.B. für touristische Vorhaben auf. Andererseits ist sie als Naturschutzbehörde die Genehmigungs- und Kontrollbehörde für die eigenen Vorhaben. Dies hat zu einem strukturellen Interessenkonflikt geführt. Wie soll dieser rechtstaatlich bedenkliche Zustand zur Wiederherstellung demokratischer Verwaltungsstrukturen und zur Sicherung rechtskonformen und transparenten Verwaltungshandelns korrigiert werden?

Antwort E.-M. Kröger: *Sollte ich Oberbürgermeisterin werden, kümmere ich mich gerne um diesen Sachstand.*

Frage: Die Errichtung neuer Einfamilienhäuser steht im Widerspruch zu mehreren Nachhaltigkeitszielen, z.B. Klimaschutz, Verkehrswende, Bodenschutz u.a.. Aus diesen Gründen fordert die Bürgerschaft seit Jahren einen flächensparenden Umgang mit den knappen Flächen in unserer Stadt. Neue Wohngebiete sollen so errichtet werden, dass kommunale Infrastruktur effizient genutzt wird und Folgekosten für unsere Kommune minimiert werden. Gleichzeitig gibt es seit Jahren in Stadtpolitik und Verwaltung den Wunsch, neue Wohngebiete für EFH auszuweisen. Dies geschieht mit der Begründung, ansonsten Steuergelder in das Umland zu verlieren. Welche Position beziehen Sie in diesem Thema bzw. Konflikt? Wollen Sie den Anteil von bisher etwa 11 % Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern vergrößern oder reduzieren?

Antwort E.-M. Kröger: *Für mich gilt: Innenverdichtung vor Aussenverdichtung, Gebäude aufstocken, alternative Wohnkonzepte unterstützen, Flächen schonen - das muss die Devise sein. Einfamilienhausgebiete im Umland kann es nur mit nachhaltigen Verkehrskonzepten geben, die Stadt und Umland gemeinsam entwickeln, z.B. die Ausweitung von Fahrradstraßen (Groß Stover Straße oder Schwaaner Landstraße). Der Bau von Mietwohnungsbau hat für mich generell Vorrang.*

Frage: Kopenhagen wandelt jedes Jahr 2 % der öffentlichen, innerstädtischen Parkplatzflächen in Aufenthaltsräume für Menschen um. Diesem Beispiel folgen auch Städte wie z.B. Leipzig. Ist das auch für Sie eine Möglichkeit Rostock neu und lebenswerter zu gestalten?

Antwort E.-M. Kröger: *Der neue Flächennutzungsplan (Zukunftsplan Rostock) wird gerade erarbeitet. Er wird beschreiben, welche städtischen Flächen welche Funktionen erhalten. Es muss Ziel sein, ruhenden (und fahrenden) Verkehr zu reduzieren und Aufenthaltsräume mit Qualität zu schaffen. Für neue Ideen bin ich offen, natürlich müssen zeitgleich Angebote geschaffen werden, um auf das Auto auch wirklich verzichten zu können.*

Frage: Der Bereich Klimaschutz in der Stadtverwaltung Rostock ist stark unterbesetzt. Zum Vergleich: in Kiel gibt es 11 Stellen im Bereich Klimaschutz. Werden Sie sich für eine personelle Stärkung der Klimaschutzleitstelle einsetzen?

Antwort E.-M. Kröger: *Die Klimaschutzleitstelle braucht vor allem mehr Verantwortung, mehr Kompetenz, sie muss Zugang zu Informationen aus allen Ämtern erhalten und wir brauchen auch in den kommunalen Unternehmen Mitarbeiter*innen, die sich um die Aufgaben des Klimaschutzes kümmern. Viele Stellen führen nicht automatisch zu mehr Umsetzungsstärke.*

Frage: In keinem Sektor kann die Stadt Rostock so viel Treibhausgas-Emissionen einsparen, wie bei der Fernwärmeversorgung. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der

Wärmeplan umgesetzt wird und Rostock so bis 2035 unabhängig von fossilen Energieträgern wird?

Antwort E.-M. Kröger: *Der Wärmeplan ist das entscheidende Instrument, um den komplexen Prozess der wichtigen Wärmewende in Gang zu setzen. Viele Akteure müssen zusammenarbeiten. Die Umsetzung hängt davon ab, dass Haushaltsmittel bereitgestellt werden und die städtischen Unternehmen sich beteiligen. Gemeinsam mit der Bürgerschaft muss bei Haushaltsverhandlungen darauf geachtet werden, Finanzmittel zur Realisierung einzuplanen.*